

und verkauft bisher ausschließlich an die Viehzuchtbetriebe rund um Khari. Die Regierung scheint nur mäßig an dem Projekt interessiert. »Der Landwirtschaftsminister war mal hier. Sagte, er sei begeistert. Aber dann habe ich nie mehr was von ihm gehört.«

Warum hat Saudi-Arabien diese Technik nicht längst in großem Maßstab eingeführt, die eine Ausweitung der Produktion ohne eine Steigerung des Wasserverbrauchs zuließe? Warum gelten alle Anstrengungen dem Ankauf von Ackerflächen im Ausland, was teuer und risikoreicher ist? Der Ingenieur hat eine Theorie, die den geringen Enthusiasmus des regierenden Königshauses erklären könnte. Ihm zufolge liege das an einem Interessenkonflikt, da »engste Verbindungen zwischen einigen Regierungsmitgliedern und dem größten Düngemittelhersteller Saudi-Arabiens bestehen, der Umsatz verlieren würde, wenn die Hydrokultur ausgeweitet werden würde«.

Vielleicht hat Aljabli recht, und es ist nur eine alltägliche Geschichte von Korruption, von Briefumschlägen, die überreicht werden, oder von Gefälligkeiten, die sich mächtige Männer gegenseitig erweisen. Aber als ich Aljablis rostigen Container anschau, kommt mir ein anderer Gedanke. Die Hydrokultur hat einen Fehler: Sie macht zu wenig her. Sie hat nichts von dem, was die Regierung in Riad schätzt. Sie verblüfft nicht. Sie sendet kein Signal an die restliche Welt. Sie ist nicht überwältigend wie die Weizenfelder mitten in der Wüste, wie die Riesenbetriebe von *Al Safi* und *Almarai*, wie der Kingdom Tower in Riad, wie die riesigen, vielversprechenden Hightech-Agrarbetriebe, die die Saudis in Afrika aufbauen.

Leere Räume und Größenwahn: das scheint mir die Synthese von Saudi-Arabien zu sein. Zusammen mit nahezu unerschöpflichen finanziellen Mitteln. Also das Gegenteil von Hydrokultur. Mir kommt der Gedanke, dass das Land, wenn es seine Gigantomanie auslebt und mit der KALSAIA seine finanziellen Möglichkeiten wirklich ausschöpft, am Ende Millionen Hektar fruchtbaren Ackerlandes in Afrika besitzen wird.

3 GENÈVE

Die Finanziers der bestellten Felder

Gebäude der FAO, Rom, 13. Oktober 2010. Es ist elf Uhr an einem regnerischen Vormittag. In der Eingangshalle des Gebäudes, das die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft beherbergt, sind die Tische des kleinen Cafés halbleer. Die Stände der verschiedenen Organisationen, die sich nur wenige Meter entfernt präsentieren, sind verwaist. Die den Delegierten zur Verfügung stehenden Computer mit Internetverbindung sind im Augenblick nichts weiter als eine endlose Reihe freier Stühle vor schwarzen Bildschirmen. Das wichtige Gipfeltreffen über die Ernährungssicherheit, das ich besuchen möchte, scheint nicht gerade ein Publikumsmagnet zu sein. Mein Journalisten-Ausweis trägt die Nummer sechs, obwohl ich ihn einen Tag nach dem Beginn des Treffens abgeholt habe.

Ich setze mich an den Tresen und bestelle einen Espresso. Der Barmann wirft die Maschine an. »Schlechter Tag?«, fragt er mich. Er scheint an meinem Gesichtsausdruck ablesen zu können, wie sehr mich die gespenstische Atmosphäre enttäuscht, die uns umgibt. Ich lächle ihm zu. Weder er noch ich haben eine Vorstellung davon, was fünf Minuten später passieren wird. Während ich den Espresso schlürfe, um mir die Zeit zu vertreiben, kommt eine Gruppe an, die sich deutlich von den üblichen Beamten in Anzug und Krawatte unterscheidet, die hier das Bild auf den Fluren bestimmen. Es sind ungefähr zwanzig, in landesüblicher Kleidung, Tücher um den Hals, mit roten und grünen Pullovern. Ich beobachte sie, während sie mit einer gewissen Aufgeregtheit etwas vorbereiten. Sie öffnen eine Tasche. Entnehmen ihr zwei Transparente. Sie stellen sich auf eine Seite der Halle und entrol-

len sie. Auf den Transparenten steht in schwarzer Schrift auf grünem Grund, auf Italienisch und Englisch: *Landraub führt zu Hungernot. Lasst die kleinen Bauern die Welt ernähren.*

Aus der Gruppe treten zwei Männer und zwei Frauen vor. Sie stellen vier Stehpulte auf: eines für Afrika, eines für Südamerika, eines für Europa und eines für Asien. Sie treten hinter ihren jeweiligen Kontinent und stellen sich vor: »Ich bin Henry Saragih aus Indonesien.« »Ich bin Horrense Kinkodila aus dem Kongo.« »Ich bin Conceição Muora aus Brasilien.« »Ich bin Antonio Pozzi aus Italien.« Sie sind Vertreter von Landarbeiter- und Bauernvereinigungen ihrer Länder. Während sie sprechen, nähert sich von der hinteren Seite der Halle ein Mann in einem schwarzen Anzug mit Zigarre. Auf seinem Jackett sind mit Klebeband Zettel befestigt, auf denen handschriftlich steht: *Daewoo, Deutsche Bank, Morgan Stanley, Goldman Sachs*. Der elegante Mann hält ein Blatt in der Hand. Er gibt es ihnen. Es ist ein Leasingvertrag. Die vier schauen ihn feindselig an.

Dann ergreift einer nach dem anderen das Wort. Henry sagt: »In Indonesien ist Landraub nichts Neues, weil er schon während der Kolonialzeit praktiziert wurde. Aber jetzt drängen neue Institutionen wie die Weltbank und der Weltwährungsfonds die Regierungen dazu, zu 'privatisieren' und die Märkte zu öffnen. Das ist ein neuer Kolonialismus.« Horrense fügt hinzu: »Im Kongo schließt die Regierung mit Großunternehmen Verträge ab, ohne uns zu fragen. Die fruchtbarsten Anbauflächen werden an Agrokonzerne vergeben, die sie in Monokulturen mit Ölpalmen und Purgiernüssen verwandeln, für den Export nach Europa.« Conceição sagt: »Die Lebensweise der Bauern wird als primitiv bezeichnet. Mit den Monokulturen halten angeblich Modernität und Fortschritt Einzug auf dem Land. Aber in Wahrheit rauben diese Monokulturen den Bauern das Land, reduzieren die Artenvielfalt und verändern die gesamte Region.« Antonio ergänzt: »In Italien werden die Äcker in Industriegebiete und Wohnsiedlungen umgewandelt. Die Region Sabina bei Rom, ein landwirt-

schaftliches Gebiet, das für die Qualität seines Olivenöls bekannt ist, verwandelt sich gerade in einen Vorort der Hauptstadt. Die Olivenbäume werden durch Millionen Kubikmeter Beton ersetzt. Und die alten Bauern fragen sich: Und nun? Mir all dem Zement, von was werden wir leben?« Unter dem Applaus der anderen Aktivisten reißen sie dem schwarz gekleideten Mann die angeklebten Zettel ab. Das Ganze dauert vielleicht zehn Minuten.

Währenddessen füllt sich die große Halle nach und nach. Und als ob die unerwartete Performance die Delegierten aus ihrer Trägheit gerissen hätte, sind nun auch die Tische im Café nicht mehr verwaist. Einige Beamte sind stehen geblieben, um sich das Schauspiel anzuschauen, in einer Mischung aus Amüsement und Neugier. Die Angestellten an der Garderobe im hinteren Teil des Saals sind aus ihrer Ecke hervorgekommen, um besser sehen zu können. Arbeiter, die während der vorangegangenen allgemeinen Stille einen roten Teppich ausrollen, der zur Ankunft einer hochgestellten Persönlichkeit bereitlegen soll, unterbrechen ihre Arbeit und beugen diese seltsame, heitere Schar mit einer gewissen Sympathie. Die Demonstranten schauen ins Publikum und skandieren ihre Lösung: »Das Land gehört den Bauern!« Irgendjemand applaudiert.

Die kurze Performance, die die Tagung des Komitees für Ernährungssicherheit der Welt (*Committee on World Food Security/CFS*) belebte, vermittelt vielleicht etwas schematisch, aber wirkungsvoll eine Vorstellung davon, was Landraub ist.⁴⁶ Eine gigantische, weltweite Jagd, von der wir am Beispiel Äthiopiens gerade Verlauf und Auswirkungen gesehen haben, die aber weit über das Land am Horn von Afrika hinausgeht. Es ist ein weltweites Phänomen mit unübersichtlichen Verzweigungen und Erscheinungsformen, in das Gruppen und Institutionen verwickelt sind, die bis vor kurzem der Landwirtschaft und der Nutzung von Ackerland ziemlich fernstanden. Die Protagonisten sind nicht einfach Regierungen mit hoher Liquidität, sondern solche – wie die im vorhergehenden Kapitel behandelte saudische Regie-

rung –, die sich um den Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln sorgen.

In den Wertlauf um Anbauflächen sind auch neue Protagonisten eingestiegen: Spekulationsfonds, multinationale Großunternehmen, Rentenfonds. Es sind also all jene Akteure im Rennen, die auf den Zetteln standen, die der Landräuber im Theaterstück auf seinem Jackett hatte. Die Anbauflächen sind – in der Sprache der Investoren – ein neues *Asset*, eine neue Kapitalanlage, um das eigene Portfolio noch weiter zu differenzieren und den Anlegern auf diese Weise weiterhin hohe Renditen zu garantieren.

Wie konnte es passieren, dass ein so greifbares und konkretes Gut wie Ackerland zu einem Finanzprodukt wurde, das seiner Natur nach flüchtig und nicht greifbar ist? Auch diese Entwicklung begann mit der Krise der Aktienmärkte, als Folge des Zusammenbruchs des Immobilienmarktes und verursacht durch die sogenannte Subprime-Krise im Sommer 2007. Nach dem Absturz der Kurse an der Wall Street und anderen Börsen rund um die Welt begannen verschiedene Akteure des Finanzsektors, neue gewinnbringende Anlagemöglichkeiten zu suchen. Sie begannen daher, in »sichere Güter« zu investieren, in sogenannte *commodities* (Waren und Rohstoffe), von Gold über Erdöl bis hin zu Grundnahrungsmitteln wie Mais oder Weizen.

Die dahinterstehende Überlegung ist einfach. Die Welt wird weiter essen. Die Weltbevölkerung wird noch geraume Zeit weiter wachsen. Die Nahrungsmittel werden knapper. Und sie werden deshalb immer wertvoller. Nach den Prognosen der FAO wird die Erdbevölkerung in den nächsten vierzig Jahren um vierunddreißig Prozent steigen. Um sie zu ernähren, müsste die Agrarproduktion um siebzig Prozent gesteigert werden.⁴⁷ Vom Standpunkt des Marktes aus – eine exponentiell steigende Nachfrage trifft auf ein Angebot, das die Nachfrage nicht befriedigen kann – scheint das Geschäft mehr als profitabel. Daher ist es ein fast schon überfälliger Schritt, von der Investition in *commodities* zur Investition in Ackerland überzugehen.

Die Folge der Spekulation mit Grundnahrungsmitteln – die nur kurzfristige Gewinne garantiert und die zudem den Kursschwankungen der Börse unterworfen ist – ist daher die Investition in landwirtschaftliche Anbauflächen. Gut gerüstete Gruppen haben den Kampf um den neuen Goldesel aufgenommen. Sie kaufen Beteiligungen an der agroindustriellen Nutzung von Ackerland in Brasilien, Argentinien und Indonesien. Die Investoren mit der höchsten Risikobereitschaft haben sich auf den afrikanischen Markt gestürzt, der zwar eine geringere Anlagesicherheit, aber dafür weitaus höhere Gewinnmargen bietet.

Manchmal arbeiten diese Fonds direkt vor Ort. Sie finden Mäner, die für sie die Landnutzung organisieren, durch agroindustrielle Nahrungsmittelproduktion oder den Anbau von Pflanzen für die Produktion von Biotreibstoffen, die hauptsächlich für den Export bestimmt sind. Andere wiederum beschränken sich darauf, Anteile (*equities*) von zu diesem Zweck gegründeten Fonds (*Private Equity Funds*) zu kaufen, mit denen in spezialisierte Agrarkonzerne investiert wird.

Die Investitionen in Ackerland verzeichneten in den vergangenen drei Jahren spektakuläre Wachstumsraten. Den Daten der spanischen NGO *Grain* zufolge, die eine Website unterhält, auf der weltweit Leasingprojekte für Anbauflächen publiziert werden, sind von ausländischen Investitionsgruppen von 2007 bis 2010 mindestens fünfundvierzig Millionen Hektar Ackerland übernommen worden. Das entspricht einer Fläche, die nur wenig kleiner als Spanien ist.⁴⁸ Aber diese Daten sind wahrscheinlich unvollständig. Die entsprechenden Verträge werden in der Regel hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, zwischen zwei oder mehreren Regierungen oder zwischen Regierungen und Unternehmen. Die Konditionen – der Pachtzins, die Leasingdauer, die verschiedenen anderen Klauseln – werden nur selten veröffentlicht. Die Bevölkerung der betroffenen Länder erfährt davon häufig nur indirekt, etwa wenn ausländische Zeitungen darüber berichten.

So war es beispielsweise mit dem Mega-Vertrag, den die Regierung von Madagaskar 2008 mit dem südkoreanischen *Daewoo*-Konzern abgeschlossen hatte.⁴⁹ Dieser sah vor, die Hälfte der kultivierbaren Ackerflächen des Landes für neununundneunzig Jahre an den Konzern zu verpachten, der dort Mais und Ölpalmen anbauen wollte. Laut Vertrag sollten die Anbauflächen gratis zur Verfügung gestellt und im Gegenzug neue Arbeitsplätze geschaffen und die Infrastruktur ausgebaut werden. Aufgedeckt von der *Financial Times*, rief dieser Vertrag öffentliche Proteste hervor, die innerhalb weniger Wochen zum Sturz der unpopulären Regierung von Marc Ravalomanana beitrugen.⁵⁰

Der Fall Madagaskar ist ein Sonderfall, sowohl bezüglich des Vertragsumfangs, als auch bezüglich der politischen Konsequenzen, die er hatte. In vielen anderen Ländern gehen Verpachtungen von Anbauflächen geräuschlos über die Bühne, hinter mehr oder weniger verschlossenen Türen, zwischen Regierungen, die daran interessiert sind, an Devisen zu kommen, und Investoren, die sich entweder hohe Profite versprechen oder die Sicherheit, Nahrungsmittel importieren zu können.

(K) Eine Welt-Bank

Wurde diese neue Entwicklung – mangels eigener Investitionen der betroffenen Länder in den letzten zwanzig Jahren – zunächst noch als Wundermittel für die Landwirtschaft der Entwicklungsländer begrüßt, so erregt sie mittlerweile große Besorgnis sowohl in den Zivilgesellschaften der betroffenen Länder als auch bei den mit diesem Phänomen befassten internationalen Organisationen. Daher kommt in diesem verregneten Oktober 2010 der Jahresversammlung des CRS in Rom eine besondere Bedeutung zu.⁵¹ Die Investitionen in Landwirtschaft und der »Landerwerb« – wie der Landraub diplomatisch umschrieben wird – stehen im Zentrum der Debatten.

Erschienen sind Vertreter der Regierungen. Erschienen sind die Experten der FAO und der Weltbank. Erschienen sind aber auch Vertreter der Bauernorganisationen aus aller Welt, die mit ihrer kurzen Performance deutlich gemacht haben, welche Position sie zu diesem Thema einnehmen. Diese Position wird mit ausführlicher von Henry Saragih erläutert, einem der vier zornigen Bauern. Ich spreche ihn am Ende ihrer Vorstellung an. Er ist zufrieden mit dem Auftritt und dem relativen Erfolg, den er beim Publikum hatte. Er lächelt, während er Lob und Zuspruch erhält und immer wieder umarmt wird. Unter den Aktivisten scheint er eine Art Führungsrolle einzunehmen.

Von der britischen Tageszeitung *The Guardian* wurde Saragih als eine der »Fünfzig Personen, die den Planeten retten können« gefeiert.⁵² Dieser Mitvierziger aus Indonesien ist seit einigen Jahren der internationale Koordinator von *Via Campesina* (Der bäuerliche Weg). In der Organisation haben sich Bauern- und Landarbeiterbewegungen aus unterschiedlichen Teilen der Welt zusammengeschlossen. Henry kann auf eine Reihe harter Kämpfe zurückblicken. Seit mindestens fünfzehn Jahren steht sein Land im Fokus der multinationalen Konzerne, die dort enorme Landflächen zusammengekauft haben, um Palmöl für Biodiesel zu produzieren, hauptsächlich auf Sumatra und in der Region Kalimantan.⁵³ Seit Jahren kämpft er, der Besitzer eines landwirtschaftlichen Familienbetriebs von drei Hektar, mit den transnationalen Konzernen um Garantien für den künftigen Zugang der Bauern zu ihren Anbauflächen. Zusammen mit seinen indonesischen Kollegen von der *Peasant Union* (Bauern-Union) hat er Protestmärsche organisiert, Demonstrationen veranstaltet und Landbesetzungen initiiert. Er hat sich einen Namen gemacht unter den internationalen politischen Aktivisten rund um den Globus. Der *Guardian* schreibt, dass das Ergebnis seines Kampfes in den nächsten zwei Jahrzehnten darüber entscheiden werde, ob es in fünfzig Jahren noch unberührte Gebiete des Regenwaldes in Südostasien geben wird, und dass dieser Kampf mit hoher Wahr-

scheinlichkeit die politische Zukunft vieler Entwicklungsländer bestimmen werde.⁵⁴

Mit seinem traditionellen indonesischer Kleidung entsprechenden schwarzen Zylinder, von dem er sich selten trennt, dem grünen Halstuch und dem Baumwollhemd reist Henry rund um die Welt, um die Stimme der Bauern auf den großen internationalen Gipfeltreffen zu Gehör zu bringen, an Sozialforen teilzunehmen und die unterschiedlichen Anforderungen in den Ländern kennenzulernen, die er als Koordinator von *Via Campesina* vertreten soll. Er hat einen distanziererten Blick, der aber lebendig wird, wenn er vor Publikum spricht. Sein kleiner Schnurrbart macht ihn auf Anhieb sehr sympathisch, auch wenn er bei näherem Kennenlernen ein wenig grob, fast abweisend wirkt. Auf Fragen erhält man knappe Antworten, ohne Umschweife, er kommt direkt zum Punkt.

Sein Anliegen ist heute, dass die Jagd auf Anbaufächern von großen internationalen Organisationen gefördert wird. »Dieser Landraub ist integraler Bestandteil eines agroindustriellen Modells, das von Institutionen wie der Weltbank, dem Weltwirtschaftsfonds, der FAO und der Europäischen Union befürwortet wird. Auf der Grundlage einiger vage formulierter Prinzipien, wie das von der Weltbank propagierte Verantwortungsbewusste Investieren in die Landwirtschaft, legitimieren diese Institutionen faktisch weitreichende Verletzungen der Rechte der Bauern.«

Saragih nennt damit den Kern des Problems. Angesichts des globalen Ausmaßes des Phänomens und angesichts der Tatsache, dass den Bauern vielerorts ihre Äcker genommen werden, haben es sich internationale Institutionen zur Aufgabe gemacht, dem Landeraub eine moralisch-ethische Basis zu verleihen. Sie haben Verhaltensnormen entwickelt, Leitlinien formuliert, Prinzipien vereinbart. Aber alle diese Regeln sind aufgrund ihrer spezifischen Natur *unverbindlich*. Es sind Absichtserklärungen, die Investoren oder Regierungen befolgen können oder auch nicht.

»Das sind doch nur Täuschungsmanöver«, poltert Henry wü-

tend. Für ihn sind die großen internationalen Institutionen nichts als Nebelmaschinen. Seine Analyse des Vorgehens der Weltbank ist schonungslos. Gegen sein Urteil ist keine Berufung möglich. »Diese Institution ist ein wesentlicher Bestandteil des Landraubsystems. Ihre Finanzabteilung – die *International Finance Corporation* (International Financial Corporation / IFC) – fördert die Vertragsabschlüsse aktiv. Sie übt gezielten Druck auf Regierungen aus, die Land besitzen, um ein »investitionsfreundliches Klima« zu schaffen. Und sie bietet für besonders risikoreiche Investitionen oft eine Garantie in Form einer Versicherung an.«⁵⁵ Die IFC hat tatsächlich auf einige Regierungen eingewirkt, investitionsfreundlichere Bedingungen zu schaffen, Beschränkungen aufzuheben und Steuererleichterungen sowie andere Investitionsanreize verschiedener Art anzubieten. Ihre Experten haben die Investitionsfördergesellschaften verschiedener Entwicklungsländer beraten. Teilweise haben sie auch die Gründung solcher Gesellschaften und die Formulierung der entsprechenden Regelwerke aktiv begleitet.

In der Zwischenzeit hat ein anderes Tochterunternehmen der Weltbank, die *Multilateral Investment Guarantee Agency* (Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur / MIGA) die Übernahme von Garantien bei risikoreichen Investitionen übernommen. Das Modell ist nicht neu. Die Bank hat in den letzten Jahren Ähnliches bei der Planung und dem Bau großer afrikanischer Infrastrukturprojekte unternommen, wie etwa bei den in Lesotho und Uganda errichteten Staudämmen. Das Muster ist das gleiche wie bei öffentlich-privaten Partnerschaften, bei denen Privatfirmen mit Bau und Betrieb großer Anlagen oder mit der Verwaltung bisher öffentlicher Güter wie Wasser, Energie, Boden beauftragt werden.⁵⁶

Diese Vorgehensweise basiert auf der Überzeugung, dass die Kräfte des Marktes Fortschritt erzeugen und dass daher der Markt so umfassend wie möglich von Restriktionen befreit werden muss. »Machen wir uns nichts vor. Die Weltbank vertritt die

Positionen des Nordens, sie ist gegen die Völker des Südens, erklärt Saragih. Der Bauernführer macht auf einen großen Widerspruch aufmerksam: Auch wenn sie sich *Welt-Bank* nennt, so ist sie doch die am wenigsten für alle Kontinente repräsentative unter den internationalen Institutionen. Ihr Sitz ist Washington, ihr Präsident vereinbarungsgemäß immer ein Bürger der Vereinigten Staaten. Die Entscheidungen werden in Abstimmungen getroffen, in denen der Stimmenanteil jedes Mitglieds seinen der Bank zur Verfügung gestellten Einlagegeldern entspricht.

Statt ein echtes multilaterales Instrument zu sein, wird die Weltbank vielmehr oft als Rammbock benutzt, mit dessen Hilfe die reichen Länder die eigene Politik gegenüber den ärmere Ländern durchsetzen. Nachdem viele Jahre lang die sogenannte Politik der Strukturpassungen gefördert wurde, mit der man Regierungen auf der südlichen Halbkugel dazu nötigte, öffentliche Güter und Dienste zu privatisieren und sich dem Weltmarkt zu öffnen, hat die Institution nun eine neue »Strategie zur Reduzierung der Armut« entwickelt und dazu die *Poverty Reduction Strategy Papers* (Strategiepapiere zur Armuts Eindämmung/PRSP) veröffentlicht, programmatische Dokumente, in denen internationale Experten und beteiligte Regierungen mögliche Reformen zur Verringerung der Armut vorstellen.

Indem man die Öffentlichkeit in den Beratungsprozess miteinbezog, sollten die PRSP-Papiere einen klaren Schnitt mit der Vergangenheit darstellen. Aber letztlich unterscheidet sich die Herangehensweise nicht allzu sehr von früheren Maßnahmen, da die Weltbank nach wie vor für jeden Kredit und für jede Förderung eine Reihe von Bedingungen stellt, die am Ende dazu führen, dass immer Lösungen durchgesetzt werden, die den skandalösen Plänen zur Strukturpassung ähneln, wenn auch weniger offen und einseitig. Laut Statut besteht die Aufgabe der Weltbank in der Reduzierung der Armut. Die Art und Weise, wie diese Mission bisher umgesetzt wurde, hat sich in der Vergangenheit – gelinde gesagt – häufig als verhängnisvoll herausgestellt.

Auch deshalb sind *Via Campesino* und andere Bauernvereinigungen der Weltbank gegenüber sehr feindselig eingestellt – und generell allen großen internationalen Organisationen gegenüber, die für sie nichts anderes als Instrumente des Großkapitals sind. »Die Weltbank ist Teil des Systems, das unsere Ressourcen zerstört. Auch ihre angeblichen Prinzipien für verantwortungsbewusste Investitionen sind von oben dekretiertes Instrument, das ohne Beteiligung der Regierungen der armen Länder oder der Menschen, die von diesen Investitionen betroffen sind, ausgearbeitet wurde: den Bauern, den Ureinwohnern, den Fischern, den Hirten«, redet sich Saragih in Rage.

Ein Meisterwerk der (Wort-)Akrobatik

Und genau das ist der Kernpunkt der Auseinandersetzungen auf dieser Versammlung des Komitees für weltweite Ernährungssicherheit. Die großen internationalen Institutionen scheinen in Verlegenheit. Sie unterstützen Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer, können dabei aber die potenziell negativen Auswirkungen dieser Investitionen nicht ignorieren, die den Zugang zu den Anbauflächen, die regionalen Wasserreserven, die Umsiedlung von Dorfgemeinschaften und die Reduzierung der Artenvielfalt betreffen. Denn diese umfassenden Investitionen sind überwiegend dazu gedacht, Plantagen für agroindustrielle Monokulturen aufzubauen, deren Produkte exportiert werden sollen. Es ist daher paradoxerweise so, dass damit in vielen Fällen die Nahrungsmittelautarkie der Länder, die ihre Anbauflächen an Konzerne verpachten, grundlegend gefährdet wird.

Gefangen in solcherart Widersprüchen, haben die globalen Organisationen eine Strategie vorbehaltlicher Zustimmung entwickelt und erwecken daher häufig den Eindruck, nur nach Bemäntelungen zu suchen. In diesem Zusammenhang ist der von der Weltbank erstellte Bericht über die Verpachtung von Anbau-

flächen ein Meisterstück der (Wort-)Akrobatik.⁵⁷ Publiziert wurde er nach ausgedehnten Beratungen und wiederholtem Durchsickern von Informationen und ist so widersprüchlich, dass er sehr unterschiedlich und teilweise geradezu gegensätzlich verstanden wurde. Zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung meldeten einige Medien: »Die Weltbank billigt die Leasingabkommen«, andere sagten, dass sie sie verurteile, »weil sie den Zugang zu den Anbauflächen der Kleinbauern bedrohen.«⁵⁸

Die Journalisten sind nicht etwa plötzlich verrückt geworden. Beide Interpretationen lassen sich aus dem Text herauslesen. Einerseits steht im Bericht tatsächlich, »die beträchtliche Größe der Gebiete, die davon betroffen sein könnten, und ihre Konzentration auf wenige Länder mit schwachen staatlichen Institutionen machen die Investitionen gefährlich«. Andererseits bekräftigt er, dass sich diese Gefahren in Chancen verwandeln können, falls die Investoren der Entwicklung der Landwirtschaft in kapitalarmen Entwicklungsländern neuen Schwung verleihen und zu einer höheren Produktivität der Kleinbauern beitragen würden.⁵⁹

Die Weltbank hat mittlerweile zum Thema »Verantwortungsbewusste Investitionen in die Landwirtschaft« (*Responsible agricultural Investments/RAI*) einige Prinzipien entwickelt und zur Sprache gebracht, darunter die Notwendigkeit, die Nahrungsmittelsicherheit der betroffenen Staaten nicht zu gefährden, nachvollziehbare und transparente Verträge unter Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften abzuschließen, die bestehenden Rechte des Zugangs zu den Anbauflächen zu respektieren und anzuerkennen, die oft auf Basis des Gewohnheitsrechts bewirtschaftet werden und für die es deshalb keine schriftlichen Verträge gibt.⁶⁰

Diese Prinzipien des »verantwortungsbewussten Investierens in Landwirtschaft« sind der Joker der Funktionäre der Weltbank, den sie ziehen, um ihre Position zu verteidigen und sie konsequent erscheinen zu lassen. Investitionen in die Landwirtschaft – ja, aber in verantwortungsbewusster Weise. Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft – ja, aber zum Wohle aller. Agroidustrielle

Massenproduktion – ja, aber ohne das Zugangsrecht für die Anbauflächen einzuschränken oder Wasser und Artenvielfalt zu gefährden. Diese Forderungen sind vorbildlich, werden aber in der Realität nicht allzu oft angewandt, wie mir – unter der Maßgabe höchster Vertraulichkeit – ein Mitarbeiter der Weltbank am Rande einer anderen internationalen Großveranstaltung eingestand. Er hat viele Jahre im Sektor der Nahrungsmittelsicherheit gearbeitet und gibt heute zu, darüber nicht mehr sehr glücklich zu sein: »Was in diesen Papieren steht, sind nur schöne Worte. Die Wahrheit ist, dass sie das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen.«⁶¹

Dialog zwischen Schwerhörigen

Im dritten Obergeschoss des FAO-Gebäudes findet eine der am besten besuchten Plenarsitzungen der Tagung statt. Ihr Thema sind »Internationale Investitionen in die Landwirtschaft«. Die Delegierten treffen sich in einem riesigen Saal. Unter ihnen sind Botschafter, einige Landwirtschaftsminister der betroffenen Länder, Beamte der FAO und Mitglieder der Bauernorganisationen. Die Sitzung beginnt mit einigen kurzen Präsentationen. Es sprechen Vertreter der UN-Organisationen, der Weltbank, von Forschungszentren. Einige begleiten ihre Ausführungen mit PowerPoint-Präsentationen, andere lesen einen vorformulierten Text ab, wieder andere reden frei. Jeder verkündet seine Meinung, ohne allzu sehr auf die Worte der Vorredner einzugehen. Die Vertreter der FAO, des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (*International Fund for Agricultural Development/IFAD*) und der Weltbank präsentieren, mit bestenfalls marginalen Unterschieden, die Position ihrer jeweiligen Organisation. Tenor: Investitionen sind nötig, aber sie müssen in verantwortungsbewusster Weise vorgenommen werden.

Sie sagen alle das, was im Jargon der öffentlichen Institutionen

zu einer Art Mantra geworden ist: Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, damit aus der Landverpachtung eine Win-win-Situation entsteht, eine Situation, aus der alle Nutzen ziehen können. »Die staatlichen Einrichtungen müssen die Gebiete benennen, in denen vordringlich Investitionen in die Landwirtschaft getätigt werden sollen, damit die Bevölkerung den größten Nutzen daraus ziehen kann«, sagt ein hoher Funktionär der FAO. Die nächste Rede hält der Vertreter des Ostafrikanischen Bauernverbandes, der mit empörter Stimme »die Regierungen, die den Landaub durch die Konzerne begünstigen«, anklagt. »Denn es sind die Regierungen, die die optimalen Bedingungen dafür schaffen, dass private Akteure unser Land ausplündern können.« Die betroffenen Regierungen, deren Vertreter im Saal anwesend sind, wie etwa die Äthiopiens, antworten nicht.

Dann wird dem Publikum das Wort erteilt. Die Sitzung folgt dem bekannten Schema. In einer Reihenfolge, die offenbar vorher abgestimmt wurde, wechseln sich Vorträge von Vertretern der internationalen Organisationen mit denen von NGOs ab. Es scheint das zu sein, was man im Fußball ein Freundschaftsspiel nennt, so freundschaftlich, dass die Duellanten überhaupt nicht aufeinander eingehen. Sie erwähnen sich gegenseitig nicht einmal. Sie schauen sich kaum in die Augen. Jeder verschanzt sich hinter seiner Position.

Die Vertreter der Bauernorganisationen sprechen vom »Ausverkauf der Anbauflächen«, die Vertreter der Institutionen und Regierungen von notwendigen Investitionen in die darniederliegende Landwirtschaft. Erstere benutzen Ausdrücke wie »Raub«, »Neokolonialismus«, »Rechtsbrüche«. Letztere sprechen von »Gelegenheiten«, »Entwicklung« und »Produktivität«. Dabei stehen sich zwei entgegengesetzte Modelle gegenüber. Das erste – gefördert von den großen Institutionen – ist jenes, das auf die großen Agrokonzerne setzt, die – ihrer Eigendarstellung zufolge – allein in der Lage seien, mit einer Produktion in großem Maßstab der kaum über die Subsistenzwirtschaft hinausgehenden Landwirt-

schaft der Zielländer neuen Schwung zu verleihen. Das zweite Modell ist jenes der Bauernorganisationen, die Respekt vor dem Recht auf Grundbesitz verlangen und öffentliche Investitionen ohne Knebelverträge fordern.

Das sind nicht nur zwei unterschiedliche Entwicklungsmodelle, sondern zwei unterschiedliche Kulturmodelle. Das erste präsentiert die Welt als Ort, an dem man auf industrielle Weise Nahrungsmittel produzieren muss, um eine im Wachstum begriffene Weltbevölkerung zu ernähren. Das zweite verteidigt die Tradition des bäuerlichen Landlebens, die enge Beziehung zum eigenen Grund und Boden, das über Jahrhunderte tradierte Wissen der Bauern und lehnt das Modell der Großplantage mit Monokulturen ab, da es Anbauflächen ausschließlich unter Nutzungsaspekten bewertet.

Die eine Vision bezieht sich auf die Welt der Städte, deren Bevölkerung überproportional wächst und ernährt werden muss. Die zweite hat ihre Wurzeln im ländlichen Raum. Für die Unterstützer des ersten Modells sind die Unterstützer des zweiten anachronistische Wilde, die hartnäckig die reale Welt der Gegenwart ablehnen und dabei eine Traumwelt verteidigen, die längst nicht mehr existiert. Aus Sicht der zweiten Vision sind die Unterstützer der ersten Monster, gegen die es mit aller Kraft Widerstand zu leisten gilt und mit denen es sich nicht einmal zu diskutieren lohnt.

Die jeweiligen Vorstellungswelten sind nicht nur unterschiedlich, sie sind unvereinbar. Die Verteidiger der Investitionen um jeden Preis führen stolz die »grüne Revolution« an, die es in Asien vermocht habe, während der 1960er und 1970er Jahre überproportionale Wachstumsraten in der Landwirtschaft zu erzielen. Und zwar dank der Einführung neuer Agrartechnologien, von Hybridsaaten über Düngemittel bis hin zu den großflächig eingesetzten Pestiziden. Die Bauernorganisationen entgegnen, dass diese »grüne Revolution« übermächtige agroindustrielle Konzerne hervorbrachte und gleichzeitig zu einer beispiellosen Selbst-

mordwelle in den bäuerlichen Regionen Indiens führte. Die Befürworter von Investitionen sind nachdrücklich für den Einsatz von genteisch veränderten Saatgut. Die Bauernvertreter halten es für so gefährlich wie einen Krebs, der ihre Äcker befallt.

Ein besonderer Berichterstatter

Für die schwierige Aufgabe, zwischen diesen unvereinbaren Positionen zu vermitteln, wurde ein belgischer Jura-Professor berufen, der offenbar kein großes Aufheben von sich macht. Klein von Gestalt, schütteres Haar, das auf beginnende Glatzenbildung schließen lässt, die Augen von einer runden Brille eingerahmt, erinnert Olivier De Schutter entfernt an Tim aus dem berühmten Comic *Tim und Struppi*. Von dem weltbummelnden Reporter, den der Zeichner und Autor Hergé schuf, hat er die Gestalt, aber auch die Diskretion gemischt mit Scharfsinn, eine vorgeschäute Zeistrentheit, die es ihm erlaubt, seine Argumentation kraftvoll und gelassen vorzutragen und auch dann gehört zu werden, wenn er leise spricht und alle anderen schreien.

De Schutter übernahm die Aufgabe als Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung mitten in der Ernährungskrise von 2008. In den Fokus der weltweiten Aufmerksamkeit katapultiert in einem Moment, in dem man von nichts anderem als Preisexplosionen und Hungerdemonstrationen sprach, bewies er große Kompetenz. Vor jedem Forum, das sich ihm bot, prangerte er die Hauptursachen der Katastrophe an: die Subventionierung von Biokraftstoffen und die damit verbundenen Finanzspekulationen. In Bezug auf die Landverpackungen äußerte er bei mehr als einer Gelegenheit große Bedenken, weshalb ihn die Bauernorganisationen sehr schätzten.

Auf dem Gipfel der CFS wird er von allen Seiten angegriffen. Er ist ein Befürworter des Dialogs und der Begegnung. Und in einem Kontext wie hier gerät er mit dieser Haltung offensichtlich

in Schwierigkeiten. Während ich ihn in der Eingangshalle des FAO-Gebäudes interviewte, muss er das Gespräch zweimal unterbrechen, um auf Drängen seiner Mitarbeiter bei einem Forum Stellung zu nehmen, in dem über die Spekulation mit Nahrungsmitteln diskutiert wird. »Es ist ein sehr helles Treffen«, entschuldigt er sich, bevor er geht. Wenig später schreibt er mir eine SMS und bittet mich, ihm meine weiteren Fragen per E-Mail zu übermitteln.

De Schutter ist nur selten in Löwen, der kleinen belgischen Universitätsstadt, in der er internationales Recht unterrichtet. Weitras häufiger ist er in der weiten Welt unterwegs, auf Dienstreisen in Entwicklungsländern, oder er nimmt an Auswertungs-treffen teil. Seine Rolle ist einmalig, denn seine Redefreiheit ist weitaus größer als die der Beamten der Vereinten Nationen. Seine Meinung ist die eines unabhängigen Experten, der berufen wurde, um eine bestimmte Funktion zu erfüllen. Er ist wirklich ein »besonderer Berichterstatter«. Sein Vorgänger, der Schweizer Bundesarbeitsgeordnete und Autor Jean Ziegler, ist durch seine bissigen Äußerungen bekannt geworden, etwa als er Bioreibstoff-fe mit Massenvernichtungswaffen verglich. De Schutter pflegt einen sachlicheren Stil. Er benutzt keine auf Effekte abzielenden Formulierungen. Deshalb ist er aber nicht weniger wirkungsvoll in seinen Ausführungen.

Er verfolgt generell einen akademischeren Ansatz in seiner Kritik, was den Umgang mit dem Problem des Hungers und der Unterernährung seitens der anderen UN-Organisationen betrifft. »Der Hunger wird von den internationalen Organisationen oft als ein Produktions- oder Verteilungsproblem behandelt. Daher befürwortet die FAO eine Steigerung der Produktion, und das *World Food Programme* (Welternährungsprogramm der UNO) verteilt Nahrung, wo sie am dringendsten benötigt wird. Egal ob die Probleme auf Versorgungsschwierigkeiten, Missernten oder Krisensituationen zurückzuführen sind. Ich hingegen glaube, dass die Hauptursachen für den Hunger die Diskriminierung

und Verdrängung der ländlichen Bevölkerung ist. Darüber hinaus bin ich davon überzeugt, dass die Regierungen den Bedürfnissen der Menschen nicht genügend Beachtung schenken. Stattdessen leiten sie Maßnahmen in die Wege, die den Hunger eher noch verschlimmern, als ihn zu lindern. « Zu diesen Maßnahmen zählt er, das sagt De Schutter ganz offen, auch die wahllose Landverpachtung an internationale Investoren, die sich nur wenig für die Ernährungssicherheit der Regionen interessieren, in denen sie investieren.

Im Verlauf unseres in Etappen geführten Interviews zeichnet er ein umfassendes, in sich stimmiges und detailliertes Bild dieser komplexen Problematik und weist dabei auch auf die Widersprüche hin, welche die gerade laufende Debatte befeuern. »Nach den Schätzungen der FAO gibt es vierhundert Millionen Hektar verfügbare Anbauflächen, von denen zweihundertundzwei Millionen in der Subsahara-Region Afrikas liegen. Das Problem besteht darin, dass Anbauflächen als verfügbar bezeichnet werden, wenn weniger als fünfundzwanzig Menschen pro Quadratkilometer dort leben. Diese Anbauflächen werden in der Realität häufig von Kleinbauern oder Wanderhirten genutzt, die in vielen Fällen keine Eigentumstitel auf dieses Land vorweisen können, auf das sie trotzdem für ihr Überleben angewiesen sind. Daher verfügen sie über keinerlei juristische Mittel, um gegen eventuelle Enteignungen vorzugehen. Verfügbare Anbaufläche ist insofern ein sehr irreführender Begriff.«

»Also werden eigentlich in Nutzung befindliche Anbauflächen verpachtet?«, frage ich ihn.

»Jeder Fall muss in seinem spezifischen Kontext beurteilt werden. Zunächst einmal gilt es meines Erachtens nach unbedingt zu berücksichtigen, dass die gegenwärtige Situation in höchstem Maße paradox ist. Auf der einen Seite sehen wir das kontinuierliche demografische Wachstum und die immer kleiner werdenden Anbauflächen, die von den Kleinbauern bewirtschaftet werden. Auf der anderen Seite sollen zweihundert Millionen Hektar

Ackerland frei verfügbar sein. Wenn es tatsächlich verfügbare Anbauflächen gibt, stellt sich die Frage, wem sie vordringlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Aber diese Frage ist zum Tabu geworden, eben wegen der enormen Investitionen seitens der Anleger. Statt die Anbauflächen an Kleinbauern auf der Basis einer entsprechenden Bodenreform zu vergeben, flankiert von gezielten Förderkrediten, die es ihnen ermöglichen würde, ihre Erträge zu steigern, bietet man die Flächen den Großinvestoren an. Diese erschweren dann den Zugang zu den Anbauflächen, aber auch zum Wasser. Und aus Kleinbauern werden so entweder Tagelöhner oder Wanderarbeiter, die dazu verurteilt sind, die Zahl der Armen in den Städten zu vergrößern.«

Mit diesem Standpunkt gesellt sich De Schutter zu den unterschiedenen Kritikern der »Prinzipien verantwortungsbewusster Investitionen in die Landwirtschaft«, wie sie von der Weltbank propagiert werden. »Diese Prinzipien gehen von der Annahme aus, dass jede Regierung nur zwei Möglichkeiten habe: einen Investor zu unterstützen oder dies nicht zu tun. Tatsächlich ist die eigentliche Frage, besteht die eigentliche Wahl darin: Wollen wir kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe fördern, ihnen Anbauflächen verbindlich zuteilen, Infrastruktur zur Verfügung stellen, Lagermöglichkeiten für die Ernten schaffen, oder wollen wir tatsächlich Großplantagen fördern? Das ist die entscheidende Frage. Aber man weicht ihr aus, weil für die kleinbäuerliche Lösung eine Landreform notwendig wäre. Diese würde wiederum die betroffenen Regierungen daran hindern, kurzfristige und unmittelbare Vorteile zu realisieren, die sie durch Verkauf oder Verpachtung der regionalen Anbauflächen an Großinvestoren wahrnehmen können. Aber diese kurzfristigen Vorteile sind langfristig gesehen möglicherweise kontraproduktiv, weil sie nur zu realisierten sind, wenn der Markt für Großinvestoren geöffnet wird.«

Auch De Schutter hat eine Liste mit Investitions-Prinzipien ausgearbeitet, die er dem Rat für Menschenrechte der Vereinten

Nationen vorlegte.⁶² Seine Liste unterscheidet sich deutlich von jener der Weltbank. Sie geht nicht von dem Prinzip aus, dass Großinvestitionen in die Landwirtschaft von Natur aus eine gute Sache seien. Er legt im Gegenteil eine Reihe schlüssiger Bedingungen vor: Die Anbauflächen dürfen nicht ohne die Zustimmung der vor Ort ansässigen Gemeinschaften verpachtet werden; die Investitionen müssen auch der örtlichen Bevölkerung Vorteile bieten, sie müssen neue Arbeitsplätze schaffen (und nicht nur die alten vernichten), sie dürfen weder das Zugangsrecht zu den Anbauflächen einschränken noch die Ernährungsicherheit der betroffenen Staaten bedrohen. Ein bestimmter Anteil der Nahrungsmittelproduktion muss auf dem lokalen Markt verkauft werden. Dieser Anteil muss in vorher festgelegten Schritten steigbar sein, wenn die Preise für Lebensmittel auf dem internationalen Markt ein bestimmtes Niveau überschreiten.

De Schutter kämpft darum, eine bestimmte Vorstellung der Entwicklung des ländlichen Raums durchzusetzen, die nicht allein auf Monokulturen und agroindustriellen Plantagen als Referenzgröße basiert. Er legt seine Berichte der Generalversammlung der Vereinten Nationen vor, nimmt an jedem Gipfeltreffen zur Ernährungsicherung teil, berät Regierungen und Beamte. Aber auch seine Liste stellt nur eine Reihe von Absichtserklärungen dar, die nichts und niemanden zu etwas verpflichten. In einem Moment von großer Klarheit benennt der Sonderberichterstatter auf dem Podium des Gipfeltreffens der FAO in Rom die grundlegende Schwäche der ganzen Veranstaltung: »Wir haben hier Regierungen, die Bauernorganisationen und die internationalen Einrichtungen. Aber ist auch jemand vom Finanzsektor im Raum? Falls ein solcher Investor anwesend sein sollte, möge er bitte die Hand heben.« Kein Arm reckt sich in die Höhe. Schweigen legt sich über den Saal. Die milliardenschweren Fonds und die Agrokonzerne treffen sich anderswo.

Die Verbindung zwischen der Wall Street und den Bauernhöfen

Die Investoren treffe ich schon einen knappen Monat später in Genf, anlässlich einer glanzvollen Konferenz mit dem Titel *Global Agriinvesting Europe* (Weltweit in Landwirtschaft investieren – Europa).⁶³ Die US-Firma *Soyatech*, die spezialisiert ist auf Informations- und Kommunikationsdienstleistungen für die Lebensmittelindustrie, und die Beratungsgesellschaft *HighQuest Partners* organisieren diese zweitägige Veranstaltung für Geschäftsleute, Industrievertreter und Anlageverwalter, die daran interessiert sind, in den Sektor Landwirtschaft zu investieren.

Es ist eine sehr exklusive Veranstaltung. Die Eintrittskarte kostet knapp zweitausend Dollar, für gemeinnützige Vereinigungen knapp tausend Dollar. Nach langen und ermüdenden Verhandlungen mit dem Kommunikationschef von *Soyatech* via Telefon und E-Mail schicke ich ihm einige meiner Artikel, meinen Lebenslauf und Empfehlungsschreiben, die meine berufliche Seriosität bestätigen. Dann erst gelingt es mir, eine Pressekarte zu bekommen, die mir den kostenlosen Zugang nicht nur zu der Konferenz, sondern auch zu allen übrigen Rahmenveranstaltungen – Cocktailempfängen, Frühstück, Mittag- und Abendessen – ermöglicht.

Am frühen Morgen des Anreisetages komme ich im Hotel *InterContinental* an, einem Luxushotel am Rande der Schweizer Stadt, in dessen Konferenzsaal die Veranstaltung stattfindet. In der Bestätigungs-E-Mail ist als Kleidungsnorm bzw. Dresscode *business casual* vermerkt, eine Formulierung, die mir leicht widersprüchlich erscheint. Ich bin nicht sehr mit den Feinheiten des US-Konferenzlebens vertraut, daher ziehe ich es im Zweifel vor, mehr *business* als *casual* auszusehen. Ich wähle ein elegantes weißes Hemd, einen leichten Anzug aus schwarzem Wollstoff und eine Krawatte.